

Fragen an die Kandidierenden zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse / Ländlicher Raum

- *Mit welchen Strategien wollen Sie dem demografischen Wandel aktiv begegnen und lebenswerte Perspektiven für alle Generationen in Sachsen-Anhalt sichern?*
- *Welche konkreten Prioritäten setzen Sie, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Sachsen-Anhalts zu gewährleisten – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Freizeit- und Kulturangebote?*
- *Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den ländlichen Raum gezielt stärken und der Abwanderung von Familien sowie jungen Menschen entgegenwirken?*

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Alle Regionen Sachsen-Anhalts brauchen eine verlässliche und leistungsfähige Infrastruktur, alle Gemeinden müssen finanziell auskömmlich ausgestattet und handlungsfähig sein, damit in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse sichergestellt werden. Dabei setzen wir insbesondere

- auf flächendeckende, hochwertige Gesundheitsversorgung durch die neu eingeführte Sockelfinanzierung für Krankenhäuser im ländlichen Raum, durch neue, übergreifende Modelle für stationäre und ambulante Behandlungen und durch den intelligenten Einsatz von Telemedizin für komplexe Anforderungen;
- auf eine Schulstruktur, die alle Abschlüsse wohnortnah im ganzen Land ermöglicht;
- auf die Verdopplung des Angebots von Bus und Bahn, um Mobilität für alle Regionen zu sichern;
- auf den Ausbau digitaler Dienstleistungen der öffentlichen Hand.

Wir finden uns mit der demographischen Entwicklung nicht ab. Neben attraktiven Lebensbedingungen in allen Landesteilen, guten Bedingungen für Familien und einer Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung kommen wir zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, der Produktivität und der Finanzierung von Infrastruktur und sozialen Sicherungssystemen an einer aktiven Zuwanderungspolitik nicht vorbei. Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren große Erfolge bei der Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft erzielt. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.

- *Wie sichern und verbessern Sie eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung – insbesondere im ländlichen Raum?*

In den letzten Jahren haben wir verschiedene Gesetze auf den Weg gebracht, um die Gesundheitsversorgung für den ländlichen Raum zu verbessern. Zun nennen ist die Landarztquote und die Landzahnarztquote, die konsequent ausgebaut wurde. Junge Medizinerinnen und Mediziner werden sich im ländlichen Raum niederlassen und eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung garantieren. Darüber hinaus gibt es Zuschüsse für die Praxisgründung oder -übernahme und weitere Unterstützung und Beratung.

2. Frühkindliche Bildung / Kita-Qualität

Studien weisen seit Jahren auf kritische Fachkraft-Kind-Relationen in Sachsen-Anhalt hin.

- *Welche verbindlichen Zielwerte für den Fachkraft-Kind-Schlüssel streben Sie bis 2030 in Krippen und Kindergärten an? Wie werden diese im Landeshaushalt konkret finanziert?*

Sachsen-Anhalt hat im bundesweiten Vergleich eine sehr gute Kinderbetreuung, die natürlich noch besser werden kann. Jedes Kind – egal welchen Erwerbsstatus seine Eltern haben – hat nach KiFöG einen gesetzlichen Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung von bis zu 10 Stunden täglich. In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen stieg die Betreuungsquote von 92,9 % auf 98,8 % (+5,9 %). Damit besucht fast jedes Kind eine Kita. Eine gute Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einem Land mit längeren Wegen immens wichtig. Eine Absenkung oder Verringerung dieser Standards ist für die SPD nicht verhandelbar.

Wir verstehen unsere Kitas als Orte der frühkindlichen Bildung mit einem eigenen pädagogischen Ansatz. In den Kitas werden jeden Tag Wissen, soziale Kompetenzen und Miteinander vermittelt. Das verpflichtende Bildungsprogramm „bildung:elementar“ wurde kürzlich überarbeitet und bietet eine gute tägliche Arbeitsgrundlage für die pädagogischen Fachkräfte. Im bundesweiten Vergleich hat das Land eine sehr hohe Quote (über 90%) an bestens ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern (Fachkraftquote). Daran werden wir weiterhin festhalten, um für die Kleinsten beste Bedingungen für ein gelungenes Aufwachsen zu bieten.

Die demographische Entwicklung im Land ist eine Herausforderung, aber sie birgt auch Chancen. Mit der Demografiepauschale und einem speziell entwickelten Flächenfaktor stellt das Land 14,2 Millionen Euro für 2026 und 38,1 Millionen Euro für 2027 zur Verfügung. Und das Geld ist gut investiert und solide finanziert, denn es bedeutet: mehr Personal, mehr Stabilität, weniger Druck. Es bedeutet bis Ende 2028 eine bessere Personalausstattung in den Kitas. Mehr Zeit und Personal für die Kleinsten. Die Demografiepauschale bedeutet unter dem Strich mehr Personal zusätzlich zum Mindestpersonalschlüssel!

Mittelfristig bedeutet dies eine Entlastung der Fachkräfte, Sicherung des Nachwuchses, Aufstockung von Teilzeitverträgen und Stärkung der Qualität und vor allem die Vermeidung von Kita-Schließungen im ländlichen Raum. Wir wollen nicht, dass reihenweise Kitas schließen müssen. Auch wenn zur Wahrheit gehört, dass es regional Veränderungen in der Kitastruktur wird geben müssen.

Wie sichern Sie die Qualität der Kita-Arbeit bei sinkenden Kinderzahlen – beispielsweise durch Kita-Sozialarbeit?

Der Einsatz von Kita-Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern erfolgt derzeit nicht flächendeckend im Land, sondern nur in einigen Kommunen wie bspw. in Magdeburg. Dort wird in 18 Kitas, deren Familien im besonderen Maße von Bildungsbenachteiligungen und Armut bedroht oder betroffen sind, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt. Sie beraten, begleiten und unterstützen Kinder und Familien mit dem Ziel, gute und hilfreiche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die soziale Arbeit in Kitas wird finanziert aus Landesmitteln nach § 23 KiFöG LSA sowie aus kommunalen Mitteln. Kita-Sozialarbeiter sind kein Ersatz für pädagogische Fachkräfte, sondern werden zusätzlich an einigen Kitas eingesetzt.

- *Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Kita- und Schulstandorte insbesondere im ländlichen Raum langfristig zu erhalten?*

Mit dem Programm „KITA STABIL“ und der Anpassung des KiFöG haben wir auf die demographische Entwicklung im Land reagiert. Es werden derzeit weniger Kinder geboren, die dann auch keine Krippe oder Kita besuchen. Die zurückgehenden Kinderzahlen haben Auswirkungen auf das Finanzierungssystem unseres KiFöG. Mit „KITA STABIL“ steuert das Land gegen. Es basiert auf zwei Säulen: Zum einen die Bildungspauschale für die pädagogischen Fachkräfte. Wir investieren bewusst in das, was gute Bildung ausmacht: die Erzieherinnen und Erzieher, die eine zweitägige Fortbildung zur Vermittlung des weiterentwickelten Bildungsprogramm „Bildung elementar“ wahrnehmen können.

Die demographische Entwicklung im Land ist eine Herausforderung, aber sie birgt auch Chancen. Mit der Demografiepauschale und einem speziell entwickelten Flächenfaktor stellt das Land 14,2 Millionen Euro für 2026 und 38,1 Millionen Euro für 2027 zur Verfügung. Und das Geld ist gut investiert und solide finanziert, denn es bedeutet: mehr Personal, mehr Stabilität, weniger Druck. Es bedeutet bis Ende 2028 eine bessere Personalausstattung in den Kitas. Mehr Zeit und Personal für die Kleinsten. Die Demografiepauschale bedeutet unter dem Strich mehr Personal zusätzlich zum Mindestpersonalschlüssel!

Mittelfristig bedeutet dies eine Entlastung der Fachkräfte, Sicherung des Nachwuchses, Aufstockung von Teilzeitverträgen und Stärkung der Qualität und vor allem die Vermeidung von Kita-Schließungen im ländlichen Raum. Wir wollen nicht, dass reihenweise Kitas schließen müssen. Auch wenn zur Wahrheit gehört, dass es regional Veränderungen in der Kitastruktur wird geben müssen.

Um Schulstandorte zu erhalten, werden wir die Mindestschülerzahlen für die Schulformen in der Schulentwicklungsplanungsverordnung absenken. Sinkende Schülerzahlen im ländlichen Raum dürfen nicht dazu führen, dass Schulen geschlossen werden und Wege für die Kinder und Jugendlichen lang und länger werden. Mittelfristig streben wir ein System mit zwei weiterführenden Schulformen an: Gemeinschaftsschule und Gymnasium.

- *Wie stellen Sie sicher, dass pädagogische Fachkräfte ausreichend auf die Begleitung von Kindern mit besonderen Lebenslagen, etwa mit belastenden Vorerfahrungen oder aus Pflege- und Adoptivfamilien, vorbereitet sind?*

Jedes Kind ist mit seinen Erfahrungen und seinen individuellen Stärken und Schwächen zu betrachten und unsere pädagogischen Fachkräfte sind ausgebildet, das Kind in seiner ganzen Persönlichkeit und seinem sozialen Umfeld in den Blick zu nehmen. Dazu bedarf es eines behutsamen Austausches zwischen den Eltern, der Kita-Leitung, den Erziehern und Erzieherinnen und ggf. dem Jugendamt.

Kitas, die besondere Herausforderungen haben, erhalten eine verbesserte Personalausstattung, bspw. In den Sprach-Kitas, wo spezielle ausgebildete Fachkräfte die Erzieherinnen und Erzieher in Fragen der Sprachentwicklung und Sprachförderung unterstützen, beraten und begleiten. Das ESF-Programm „Empowerment für Eltern“ bietet zusätzlich die Möglichkeit für personelle Unterstützung von bis zu 140 pädagogischen Stellen bis 2028, um an der Schnittstelle zwischen Kitas und Familien eingesetzt zu werden. Insbesondere Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf sollen davon profitieren. Ziel ist es, Familien frühzeitig zu unterstützen, Eltern in ihren Kompetenzen zu stärken und Kinder – vor

allem aus sozial benachteiligten Lebenslagen – in ihrer Entwicklung zu fördern. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Förderung gleicher Bildungschancen von Anfang an. Die neuen Fachkräfte unterstützen Eltern dabei, ihren Erziehungsauftrag besser wahrzunehmen und ihre Kinder auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu begleiten.

3. Schulbildung

- *Wie stellen Sie sicher, dass Schulsozialarbeit mindestens im bisherigen Umfang dauerhaft und verlässlich aus Landesmitteln finanziert wird?*

Für uns ist Schulsozialarbeit an den Schulen des Landes unverzichtbar. Unverzichtbar für die Bildungschancen unserer Kinder, für eine gelingende Schule und vor allem für den sozialen Zusammenhalt. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind da, wenn Kinder in schwierigen Situationen Halt und Rat brauchen und wenn Familien Unterstützung benötigen. Schulsozialarbeit baut Brücken, verbessert das Schulklima und trägt zum Schulerfolg bei. Wir sind der Meinung, dass Schulsozialarbeit sich auszahlt – für jedes Kind, für jede Schule, für die Eltern. Sie schafft Chancen, wo sonst Perspektivlosigkeit und Schulabbruch droht. Schulsozialarbeit ist ein Erfolg!

Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass bei einem Wegfall der EU-Mittel ab 01.08.2028 Schulsozialarbeit mit ihren Netzwerkstrukturen dauerhaft über Landesmittel finanziert wird. Wir wollen, dass Schulsozialarbeit weiterhin eine unabhängig von Schule agierende Beratungs- und Vermittlungsinstanz für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern unter dem Dach der freien Träger bleibt.

- *Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie den Lehrkräftemangel nachhaltig beheben und eine stabile Unterrichtsversorgung in allen Schulformen und Regionen sicherstellen?*

Der Mangel an grundständig ausgebildeten Lehrkräften war und ist die größte Herausforderung für das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt. Noch immer verlassen mehr ältere Lehrkräfte die Schulen als jüngere Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden. Um die Attraktivität zu steigern, konnte die Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach E/A13 erreicht werden. Es wurde das duale Studium, ein Studium mit Praxisanteilen an den zukünftigen Schulen auf den Weg gebracht werden und es wird ein Modellprojekt an der MLU Halle-Wittenberg geben, wo sich Lehramtsstudierende erst nach der Einstiegsphase entscheiden müssen, an welcher weiterführenden Schulform sie später unterrichten. Dies sind alles Ansätze, um weiterhin eine hohe Zahl an Lehrkräften auszubilden. Wir werden an der universitären Ausbildung für alle Lehrämter mit den aktuellen Wahlmöglichkeiten auf 1.200 Studienplätzen festhalten, das duale Studium fortführen und den Vorbereitungsdienst weiterentwickeln. Wir wollen zudem, dass die Seiteneinsteigenden die Möglichkeit eines Bewährungsaufstiegs erhalten und damit fair bezahlt werden. Ältere Lehrkräfte sollen wieder Ermäßigungsstunden erhalten, um sie länger im Schuldienst zu halten.

Um Schulstandorte zu erhalten, werden wir die Mindestschülerzahlen für die Schulformen in der Schulentwicklungsplanungsverordnung absenken. Sinkende Schülerzahlen im ländlichen Raum dürfen nicht dazu führen, dass Schulen geschlossen werden und Wege für die Kinder und Jugendlichen lang und länger werden. Mittelfristig streben wir ein System mit zwei weiterführenden Schulformen an: Gemeinschaftsschule und Gymnasium.

- *Wie wollen Sie die Bildungsinhalte an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen – insbesondere in den Bereichen finanzielle Bildung, digitale Kompetenzen und soziale Fähigkeiten?*

Wissen und Kompetenzen verändern sich. Um in der Welt des 21. Jahrhundert zu lernen und zu leben, werden die Lehrpläne des Landes regelmäßig überprüft und angepasst. Es liegt auf zukunftsorientierten Kompetenzen statt reiner Wissensvermittlung. Daneben gilt es trotzdem praxisnahe und fächerübergreifende Inhalt zu erlernen. Dies geschieht je nach Schulform, so wurde bspw. die Lehrpläne für das Gymnasium und das Berufliche Gymnasium um Bildung in der digitalen Welt stärker ausgebaut und das Fach Wirtschaft wird ab dem Schuljahr 2027/2028 aufwachsend in den Schuljahrgängen 7 und 8 als Pflichtfach. Die Anteile der praktischen Arbeit und ökonomischer Bildung wurden in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen erhöht.

- *Welche Strategien verfolgen Sie, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern?*

Im Land haben wir ein gutes System, um den Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Dafür ist es zunächst wichtig, dass Jugendliche eine Vorstellung von ihrem weiteren beruflichen Weg haben. Dies ist wichtig, um vorzeitige Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und eine Ausbildung abzuschließen. Voraussetzung dafür ist eine frühzeitige Berufsorientierung, insbesondere durch und das Berufsorientierungsprogramm BRAFO, das wir auch an Gymnasien implementieren wollen. Weitere Projekte wie das ESF+ Programm „REGIO AKTIV“ fördern den Übergang von der Schule in die Ausbildung. An den Schulen gibt es zudem regional sehr unterschiedliche Kooperationen und Zusammenarbeit mit Betrieben und Firmen vor Ort, u.a. Praktika, Messen und Praxistage. Wir stehen zu einem Bildungssystem, das auch zweite und dritte Chancen eröffnet.

4. Familienbildung und Unterstützungsangebote

Die vom Land geförderten Familienzentren leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Familien, insbesondere im ländlichen Raum.

- *Wie wollen Sie die derzeit nicht auskömmliche Finanzierung (aktuell 32.700 € für 0,7 VBE) verbessern und eine bedarfsgerechte Förderung sicherstellen?*

Wir wollen die Finanzierung fortsetzen und an die tarifliche Entwicklung anpassen, um Trägerstrukturen verlässlich abzusichern. Insbesondere das Modellprojekt „Mobile Familienbildung im ländlichen Raum“ liegt uns am Herzen, die regional sehr erfolgreich arbeiten.

5. Familienarmut und besondere Bedarfe

- *Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um Kinder- und Familienarmut wirksam zu reduzieren – insbesondere bei Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien?*
- *An welchen messbaren Zielen wollen Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen festmachen?*

Kinderarmut bleibt die größte Gefahr für ein gutes Aufwachsen. Jedes siebte Kind wächst derzeit in Armut auf. Damit findet sich die SPD Sachsen-Anhalt nicht ab. Gute und tarifgerecht bezahlte Arbeit der Eltern bleibt der wirksamste Schutz vor Kinderarmut. Wir wollen die Ausbildung und Erwerbsfähigkeit der Eltern stärken, u.a. durch den Ausbau erfolgreicher Projekte wie MiKA ("mit Kind in Arbeit, Ausbildung oder Abschluss") oder die Assistierte Ausbildung, bei der junge Alleinerziehenden durch intensive Begleitung der Weg aus der Grundsicherung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geebnet wird.

6. Verteilung von Sorgearbeit / Gleichstellung

Studien zeigen weiterhin eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern.

- *Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen unterstützen Sie, um eine partnerschaftliche Aufteilung zu fördern?*
- *Welche Rolle sollen Schulen und Kitas bei der Vermittlung von Geschlechterrollen und Gleichstellung einnehmen?*

Noch immer tragen Frauen den größeren Teil der Sorgearbeit und erleben dadurch berufliche Nachteile. Wir schaffen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und verlässliche Rahmenbedingungen für eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, die sich viele junge Familien ausdrücklich wünschen. Dank des KiFöG haben wir ein gutes und verlässliches Betreuungssystem, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Wir sind der Auffassung, dass Mädchen und junge Frauen faire Chancen auf gute Arbeit, sichere Ausbildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit verdienen. Leider führen noch immer traditionelle Rollenbilder, ungleiche Verteilung von Sorgearbeit und strukturelle Benachteiligungen dazu, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, schlechter bezahlt werden oder seltener Führungsverantwortung übernehmen. Diese Ungleichheiten wollen wir gezielt abbauen. Die SPD Sachsen-Anhalt verfolgt daher eine Arbeitsmarktpolitik, die soziale Sicherheit, Gleichstellung und wirtschaftliche Teilhabe zusammenführt.

Wir setzen uns ein für tarifgebundene, existenzsichernde Beschäftigung und starke Mitbestimmung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, den Ausbau individueller Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, eine geschlechtersensible Berufsorientierung zur stärkeren Gewinnung von Mädchen und jungen Frauen für MINT-Berufe und das Handwerk, die Aufwertung sozialer, pflegerischer und erzieherischer Berufe und einen schulgeldfreie Ausbildung in den Gesundheitsberufen, faire Praktika und die Ausweitung der Praktikumsprämie insbesondere auf Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe. Zudem wollen wir die Beteiligung von Frauen in Führungspositionen stärken und Gleichstellung verbindlich als Maßstab politischen Handelns etablieren. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung und Schutz vor Armut. Es benötigt aber auch die gesellschaftliche Diskussion, dass Frauen dies alles erreichen können und dass Männer – ob in einer Partnerschaft oder nicht – diese unterstützen und mehr und partnerschaftlich Sorgearbeit übernehmen.

Um frühzeitig traditionelle Geschlechterbilder „aufzubrechen“, benötigt es bereits in Kita und Schule geschlechtergerechte und geschlechtersensible Bildungsangebote, die die Vielfalt von Familien, Lebensformen und Bildern vermitteln. So können bspw. im freien Spiel Kinder geschlechtstypische Verhaltensweisen und Rollen vorurteilsfrei erproben und hinterfragen oder es kommen Materialien zum Einsatz (wie Kinderbücher), die dies begleiten. Für den Schulbereich werden regelmäßig Lerninhalte, Schulbücher auf Geschlechterstereotypen überprüft. Im Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sind verschiedene Maßnahmen über alle Ressorts aufgeführt, die sensibilisieren, weiterbilden und in Maßnahmen umsetzen.